

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Verfassungskonformität des Islamischen Jugendzentrums Berlin überprüfen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Aktivitäten des „Islamischen Jugendzentrums Berlin IJB“ auf deren Verfassungskonformität hin zu überprüfen.

Begründung

Das seit 2012 bestehende „Islamische Jugendzentrum Berlin“ organisiert die Jugendarbeit von vier religiösen Einrichtungen, dem „Islamischen Kultur und Erziehungszentrum“ IKEZ, dem „Interkulturellen Zentrum für Dialog und Bildung“ IZDB, dem „Teiba Kulturzentrum zur Förderung der Bildung und Verständigung“ und der „Neuköllner Begegnungsstätte“ NBS. Alle vier Einrichtungen stehen in Verbindung mit dem Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. Bei diesem Verein handelt es sich laut Berliner Verfassungsschutz um die größte Organisation der islamistischen Muslimbruderschaft in Deutschland.

Auf den Webseiten des IJB wird unter "Wer sind wir" die "Jugendarbeit von Jugendlichen für Jugendliche" zum Leitmotiv erklärt. Tatsächlich aber geht es der IJB darum, ihre Mitglieder durch das Lehren einer "islamischen Moral" in ihrer Gruppenidentität zu bestärken. Vermittelt werden diese Moralvorstellungen nicht nur durch die regelmäßigen Lehrveranstaltungen des Konvertiten Ferid Heider, sondern auch durch internationale Akteure, die der Muslimbruderschaft zuzurechnen sind.

So hielt der Prediger Nouman Ali Khan während seiner Europatournee am 16.02.2018 im "Gloria Eventcenter", Margrafenstraße 67, 10969 Berlin einen Vortrag mit dem Titel "Mi-

racles - Wunder des Qur'an". Khan ist President & CEO des in Dallas, Texas angesiedelten "Bayyinah Institute", eines kommerziell ausgerichteten Medienunternehmens. Dieses ist nach der 98. Sure "al-Bayyinah" benannt, welche denen, die den klaren Beweis (Bayyinah) der Zeichen Gottes nicht akzeptieren wollen, das Höllenfeuer verheißt. Nouman Ali Khan predigt aber nicht nur jenseitige Strafen, sondern rechtfertigt in seinen Youtube Videos auch die Auspeitschung von Ehebrechern ["Nouman Ali Khan - Whipping Prostitutes, Adulterers, and Pornography Workers"] sowie das sachgerechte Verprügeln untreuer Frauen ["Nouman Ali Khan - Hitting Unfaithful Wives"]. Die Argumente ähneln dem seines Vorbildes, des indischen Televangelisten Dr. Zakir Naik, der in einigen westlichen Ländern Einreiseverbot erhielt, nachdem er behauptet hatte, alle Muslime müssten Terroristen sein und zwar den asozialen Elementen der Gesellschaft gegenüber, also etwa Ehebrechern und Alkoholikern.

Der Berliner Vortrag war vom „Islamischen Jugendzentrum“ organisiert worden, welches auf seiner Webseite eigens darauf hinwies, dass die Besucher „islamkonform“, also nach Geschlechtern getrennt im Saal untergebracht würden.

Heider beteiligte sich auch an der Erarbeitung der 2010 erschienen Handreichung „Islam und Schule“ des Senats, die Berliner Lehrer für den Umgang mit muslimischen Schülern fortbilden soll. Die von Heider geäußerten Positionen waren allerdings so fundamentalistisch, dass sich u.a. Seyran Ates, prominente Vertreterin eines liberalen Islams, aus dem Arbeitskreis zurückzog. Dass Ates mit ihren Vorbehalten nicht alleinstand, lässt sich daran erkennen, dass Heiders Äußerungen letztlich aus der Handreichung gestrichen wurden.

Trotz dieser alarmierenden Umstände, verfügt der Senat kaum über nähere Informationen zu den Vorgängen innerhalb des Islamischen Jugendzentrums, auf Basis derer der Gefahr eines organisiert geförderten Jugendislamismus innerhalb des Islamischen Jugendzentrums Berlin entgegengewirkt werden könnte. In der Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/13171 des AfD-Abgeordneten Thorsten Weiß, in der Heiders Qualifikation als religiöser Jugenderzieher in Frage gestellt wurde, hieß es dazu:

„Die für Jugend zuständige Senatsverwaltung hat die Informationen zur Frage 7 der genannten Schriftlichen Anfrage von der Webseite des Islamischen Jugendzentrums, nach denen Herr Ferid Heider „zurzeit Arabistik und Islamwissenschaften studiert“, entnommen. Weitere Recherchen und Informationen zur Qualifikation und Ausbildung des genannten Imams erfolgten nicht, da die Einrichtung keine öffentlichen Mittel erhält.“

Darüber hinaus hieß es in der Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/13171 des AfD-Abgeordneten Thorsten Weiß in welcher die Frage aufgeworfen wird, welche nicht-ehrenamtlichen Personen in welchen Aufgabenbereichen die Jugendarbeit im Islamischen Jugendzentrum Berlin organisierten, wie folgt:

„Konkrete Angaben über Einnahmen, Finanzierung, beschäftigte Personen des Jugendzentrums können weder geprüft noch eingesehen werden, da es sich nicht um eine öffentlich geförderte Einrichtung handelt und die Einrichtung nicht betriebserlaubnispflichtig ist.“

Dem ist entgegenzuhalten, dass Jugendzentren in der Regel in Institutionen eingebunden sind, welche pädagogisch geschultes Personal zur Verfügung stellen, um eine Fachaufsicht auszuüben; Im Falle des IJB hingegen ist nicht einmal transparent, welcher vereinsrechtliche Status hier vorliegt.

Die AfD-Fraktion sieht es daher als dringend geboten an, weitestgehende Transparenz über Finanzstrukturen, Unterrichtsinhalte und organisatorische Verflechtungen des Islamischen Jugendzentrums zu gewährleisten.

Berlin, den 28.02.2018

Pazderski Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion